

Offener Brief zu der Hörsaalbesetzung von End Fossil Occupy Bonn

Wir besetzen seit Montag 09.01.2023 den Hörsaal 17 der Uni Bonn, weil die Uni als gesellschaftliche und wissenschaftliche Akteurin derzeit nicht angemessen auf die Klimakrise reagiert. Konkrete Beispiele dafür gibt es genug. Diese Woche hat die Räumung von Lützerath begonnen, während wissenschaftliche Erkenntnisse aufzeigen (1,2), dass diese Kohle a) nicht gebraucht wird, und b) Deutschland seine Klimaziele nicht wird einhalten können, wenn die Kohle unter Lützerath verbrannt wird. Für uns als junge Generation ist klar, dass hier unsere Zukunft verfeuert wird, während für unsere Genoss*innen in den Most Affected Areas auf diesem Globus der Klimawandel schon heute eine Frage über Leben und Tod ist. Wir wollen in einer Universität studieren, die auf unserer Seite und auf der Seite der am meisten Betroffenen steht und nicht auf der Seite des „Weiter so“ und von Scheinlösungen. Wir wollen also eine Uni die sich hier klar für eine lebenswerte Zukunft einsetzt. Und das geht nach wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht ohne den Erhalt von Lützerath(1,2). Wie kann da eine Nicht-Positionierung geduldet werden?

Natürlich sind wir uns bestehender Partizipationsstrukturen bewusst. Seit Jahren versucht der AStA als demokratisch gewählte Studierendenschaft eine konsequentere Klimapolitik der Uni durchzusetzen. Das erkennt man daran, dass Themen wie z.B. Klima im Mittelpunkt der GHG stehen und diese erfolgreich den größten Anteil vertreten. Leider wird der AStA immer wieder ausgebremst.

19 Personen im Senat vertreten 7000 Universitätsangehörige, während die 33.000 Studierenden nur 4 Vertreter*innen haben - weitere Angehörige der Universität wie z.B. Reinigungskräfte, Mensa-Mitarbeitende und mehr werden gar nicht abgebildet. Dass die Unileitung nun reklamiert, unsere Besetzung und die Forderungen, die aus ihr hervorgehen, seien ein undemokratischer Akt, weil wir auch die Möglichkeit gehabt hätten unsere Forderungen über den institutionellen Weg einzubringen (wie sie es in unserem Gespräch und gegenüber dem Generalanzeiger gesagt hat) ist nichts als düsterer Sarkasmus – denn der AStA als demokratisch gewählte Studierendenschaft hat sich bereits hinter die Unibesetzung gestellt und kritisiert, dass sie selbst, genauso wie die Vertreter*innen der Studierendenschaft, auf institutionellem Weg maximal Scheinlösungen erreichen können. Der Hinweis auf den institutionellen Weg seitens der Unileitung – während sie konsequente Änderung innerhalb dieses Weges blockieren - ist für uns nicht hinnehmbar. Dass dieser Weg der Unileitung keinesfalls alternativlos ist, zeigt das Beispiel der TU (Technische Universität) Berlin und ihre Reaktion auf eine Besetzung von End Fossil: Die TU hat die Anregungen der dortigen End Fossil-Besetzung dankend entgegengenommen und deren Präsidentin als Antwort diesen Artikel im Tagesspiegel geschrieben: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/uni-besetzungen-mit-klimaaktivisten-reden-anstatt-die-polizei-zu-rufen-8993761.html> Die Universität Bonn aber versäumt es mal wieder, sich vor breiter Studierendenschaft klar und glaubhaft zu bekennen.

Wenn die Unileitung also in keinerlei Weise inhaltlich auf unsere Forderungen eingegangen ist, sondern nur darauf verweist, dass sie Engagement von Studierenden an sich sehr begrüßt, aber im nächsten Satz besagt, dass wir undemokratisch seien – wir wurden sogar mit Trumpisten und Bolsonaristen gleichgestellt – dann müssen wir uns eben auf dieses Themenfeld einlassen und das Demokratiedefizit der Uni anprangern. So fordern wir also eine tatsächliche Demokratisierung der Uni, was für uns beinhaltet, dass alle an der Uni Beteiligten und Beschäftigten gleiche Rechte haben. Die minimale Einbeziehung Studierender in die Entscheidungen an den Universitäten wurde erst im Zuge der 68er Bewegung mit Aktionsformen wie unserer erkämpft. Wenn unsere Aktion, die diesen Demokratisierungsprozess fortsetzt, nun als antidemokratisch deklariert wird, steht das im Widerspruch zu zahlreichen Protesten und deren Erfolgen in der Geschichte.

Wir sehen hier eine deutliche Parallele zu den Begebenheiten auf Bundesebene: Auch hier wird stets mit dem Argument der demokratischen Prozesse direkter und konsequenter Klimaschutz ausgebremst. Wir sehen, dass diejenige Partei, die sich im Wahlkampf als die Partei des Klimaschutzes ausgegeben hat, derzeit dabei ist, die Interessen der Kohlelobby, namentlich von RWE, durchzuziehen (mit einem Polizeichef als Parteikollegen). Wie können wir anders, als das Vertrauen in dieses System zu verlieren? Dieser Bruch ist allerdings bei weitem keine Abwendung von der Demokratie – stattdessen brauchen wir eine unbürokratische Demokratie von unten, die auch in die Sphäre des Ökonomischen hineinreicht.

Weiterhin stehen wir mit unserer Hörsaalbesetzung in einer langen Tradition von Studierendenprotesten Deutschland- und weltweit. Die Universität war schon immer ein Ort, an dem Studierende versucht haben Ungerechtigkeiten anzuprangern und abzuschaffen und sich gegen bestehende Systeme aufzulehnen. Diese Besetzung der Universität nimmt sich diesen Raum zurück, um die Ursachen von Ungerechtigkeiten zu ergründen und bekämpfen zu können - anstatt sich weiterhin mit Scheinlösungen abzufinden, die vor allem den Erhalt bestehender Herrschaftsstrukturen als Selbstzweck verfolgen.

Während der Zeit unserer Besetzung haben wir über den massenhaften Zuspruch, der uns entgegen gebracht wird (z.B. 3) ein klares Bild davon erlangt, dass ein Großteil der Studierendenschaft hinter unserer Protestform und unseren Forderungen steht. Erneut ist klar geworden, wie zwingend notwendig autonome Räume zur Selbstorganisation und gemeinschaftlichen Lösungsfindung hin zu einer sozial- und klimagerechten Universität und Gesellschaft sind. Denn während dieser Besetzung wurden nicht nur zahlreiche neue Menschen politisiert und für die Großdemo am 14.01 mobilisiert, sondern darüber hinaus eine niederschwellige Möglichkeit geschaffen, Überlegungen anzustoßen, Ideen auszutauschen, Sorgen und Visionen zu teilen. Außerdem konnte der Vorstellung einer basisdemokratischen, kritischen, achtsamen und reflektierten Struktur ein Stück weit näher gekommen werden.

Wir verlassen heute den Hörsaal 17 in großer Enttäuschung über die Unileitung einerseits, aber auch in anhaltender Begeisterung über die Zustimmung und Mitgestaltung der Vielzahl an Studierenden und einiger Dozierenden. Wir werden präsent bleiben und weiter für unsere Forderungen einstehen:

- Lützerath bleibt! (Gemeinsam zur Grossdemo am 14.01?)
- Beendigung jeder Zusammenarbeit mit Konzernen fossiler Industrie sowie mit Konzernen die Kapitalanlagen in fossilen Industrien besitzen
- Klare Positionierung und Agieren gegen den Ausbau der A565 durch Unigelände
- Transformation der Universität zu einer Vorreiterin der Klimagerechtigkeit, was einen aktiven Dekolonialisierungsprozess beinhaltet

Um diesen und anderen Themen, Problemen und Forderungen auch in Zukunft Raum zu geben, erhoffen wir uns weiterhin einen zielführenden, Veränderung bringenden und offenen Dialog mit der Studierendenschaft und allen Angehörigen und Mitarbeitenden der Uni Bonn.

Lasst uns zusammen diesen Prozess der Selbstorganisation und Transformation ergründen und fortführen. Wir wollen dies gemeinschaftlich in einer konfrontativ-kooperativen Weise mit der Leitung der Uni, die ernsthafte Bereitschaft zu grundlegender Transformation im Sinne einer sozial- und klimagerechten Gegenwart und Zukunft zeigt, tun.

Wir als End Fossil sind eine offene Gruppe und jede Perspektive bereichert, bestärkt und befähigt uns zu grundlegender Veränderung.

Heute ist nicht alle Tage – Wir kommen wieder, keine Frage!

Quellen:

- (1) <https://coaltransitions.org/publications/gasknappheit-auswirkungen-auf-die-auslastung-der-braunkohlekraftwerke-und-den-erhalt-von-lutzerath/>
- (2) <https://de.scientists4future.org/offener-brief-ein-moratorium-fuer-die-raeumung-von-luetzerath/>
- (3) https://www.asta-bonn.de/Nachricht:Statement_zur_Besetzung_von_Hörsaal_XVII